



Absender: Kreistags-/Kreisausschussbüro

Vorlage Nr.: 2018/0944

Veranlasser / Verursacher:
DIE LINKE.

Datum: 08.08.2018

Aktenzeichen:

Antrag

Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 07.08.2018 betr. Verbindung der alternativen Standortsuche für den Klinikneubau Hofgeismar mit einer Anteilserhöhung an der GNH AG

Beratungsfolge:

Gremium	am	Top	Status
Ausschuss für Wirtschafts- und Strukturpolitik, Bau- und Verkehrswesen	30.08.2018		öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	03.09.2018		öffentlich
Kreistag	06.09.2018		öffentlich

Beschlussvorschlag:

Der Landrat des Landkreises Kassel wird beauftragt, im Rahmen der alternativen Standortsuche für den Klinikneubau Hofgeismar mit der GNH auch Verhandlungen über eine Anteilserhöhung des Landkreises an der GNH AG zu führen.

Begründung:

Der Landkreis wird sich im Wege einer Einlage in Höhe von immerhin 10 Mio. Euro in die GNH an dem Klinikneubau Hofgeismar beteiligen (Beschlussfassung vom 11.05.2017). Mit der Einlage ändern sich unverständlicherweise nicht die Beteiligungsverhältnisse an der GNH AG. Wie bisher hält der Landkreis nur einen Anteil von 7,5 % nach der Einbringung der Kreiskliniken zum 01.01.2005.

Der von der GNH im Frühjahr 2018 ins Gespräch gebrachte alternative Standort („Industriegebiet“) für den Klinikneubau wird der GNH erneut erhebliche Mehrkosten ersparen, die am bislang ausgewählten Standort „Lempeweg bzw. unmittelbare Nähe zum Ev. Krankenhaus Gesundbrunnen“ anfallen würden. Sowohl der Landkreis als auch die Stadt Hofgeismar kommen der GNH mit dem alternativen Standort erneut erheblich entgegen. Im Gegenzug sollte mit der GNH jetzt konkret über eine Erhöhung der Anteile des Landkreises an der GNH AG verhandelt

werden. Neben der Erfüllung der Daseins-vorsorge sollten für den Landkreis auch eine Erhöhung der Gewinnausschüttungen und mehr politischer Einfluss nach einer Anteilserhöhung von Interesse sein.

Dr. Knoche
Fraktionsvorsitzender

Anlage/n:

2018_0944 Anlage 1

Anlagenbeschreibung

Anlage 1: Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 07.08.2018

Anlage 2: Modifizierter Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 03.09.2018